

51/AE XXI.GP

Entschie**ß**ungsantrag

eingebracht von Dr. Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

betreffend Sicherung und Belebung der Nahversorgung

Wiederholt wurde bereits die Problematik der Nahversorgung auf Parlamentsebene behandelt. Auch im Rahmen einer Enquête wurden verschiedene Vorschläge erarbeitet. Kürzlich präsentierte das Land Oberösterreich ein Nahversorgungskonzept, in dem auch ein Maßnahmenkatalog vorgeschlagen wurde. Er umfaßt neben der Liberalisierung des Gewerberechts (wie zum Beispiel Kostensenkung bei der Kammerumlage, vereinfachte Verfahren, Erweiterung der Nebenrechte) auch Vorschläge zur Auflösung von staatlichen Monopolen, Vorschläge für steuerliche Erleichterungen, Anregungen zur Harmonisierung aller Rechtsvorschriften.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschie**ß**ungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, unter anderem die Einführung einer Verkehrserregerabgabe, für Nahversorgungsbetriebe zu ergreifen. Diese umfassen mehr Gestaltungsmöglichkeiten zur Nutzung lokaler Potentiale im Rahmen des Gewerberechts, der Öffnungszeiten, der Auflösung von Monopolen und der Standortpolitik.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wirtschaftsausschuß vorgeschlagen.